

ULLA PLENER

# Sozialdemokraten und andere Linke: Immer noch feindliche Brüder?

Fünf Thesen, abgeleitet aus den Erfahrungen  
des 20. Jahrhunderts

Noch zu Beginn des Jahres 1946, als die Auseinandersetzung um die Frage »für oder gegen eine SED« in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und in Berlin voll im Gange war, ging es der Mehrheit der Beteiligten um die Beziehungen zwischen *Bruder*-Parteien, und diese Mehrheit wünschte – in Ost und West – deren Zusammenarbeit. Um sie ging es bei der zweiten Frage der Urabstimmung am 31. März 1946 – und es muß Gründe dafür gegeben haben, daß diese Frage zur Abstimmung gestellt wurde. Während 82,2 Prozent der Teilnehmer den »sofortigen Zusammenschluß beider Arbeiterparteien« ablehnten, bejahten 62,1 Prozent die Frage: »Bist Du für ein Bündnis beider Parteien, welches gemeinsame Arbeit sichert und den Bruderkampf ausschließt?«<sup>1</sup> Es ging also um Brüder aus dem Schoß der einen Mutter – der sozialistisch orientierten Arbeiterbewegung – mit ihrem Ideal einer erstrebten Gesellschaft, Sozialismus genannt, die friedlich und human, demokratisch und sozial gerecht, also auch ausbeutungsfrei sein sollte, in der sich jeder Mensch und jedes Volk frei entfalten kann.

Aber die Brüder waren sich in vielem uneinig; sie wollten ihr Ideal auf verschiedenen Wegen und mit unterschiedlichen Mitteln erreichen. Grob gesagt, wollte der eine, so jedenfalls vor 1933, den möglichst sofortigen Bruch mit dem Bestehenden (Revolution), die Anwendung von Zwang, Waffengewalt, also Bürgerkrieg, nicht ausgeschlossen; der andere – die schrittweise Veränderung des Gegebenen (Reform) mit friedlichen Mitteln, zum Beispiel durch Erringen der parlamentarischen Mehrheit bei Wahlen.<sup>2</sup>

Woher diese Uneinigkeit? Der tiefere Grund lag historisch wohl im Doppelcharakter der kapitalistischen Lohnarbeit als gebrauchswert- und profitezogene Arbeit, die einerseits persönliche materielle und geistige Bedürfnisse befriedigt, aber zugleich von entwürdigender ökonomischer Abhängigkeit bestimmt ist, was ständig sowohl zum »Sich-Einrichten« in den bestehenden Verhältnissen verführt als auch antikapitalistischen Protest unterschiedlicher Radikalität hervorruft. Hinzu kommen die widersprüchlichen sozialökonomischen, politischen und geistigen Bedingungen, die Verschränkung sozialer und allgemeinmenschlicher Probleme u. a. m., die von ökonomisch und politisch aktiven Lohnarbeitenden, ihren Organisationen und Politikern bzw. Theoretikern unterschiedlich reflektiert wurden und werden.

These 1: *Die Verschiedenheit der zum Kapitalismus vom Standpunkt sozialer Gerechtigkeit aus kritisch eingestellten Kräfte ist ob-*

Ulla Plener – Jg. 1933; Dr. sc. phil., Historikerin in Berlin. Arbeiten zur Geschichte der Sozialdemokratie sowie biographische Forschungen, Mitglied der Leibniz-Sozietät; Redakteurin von *UTOPIE kreativ*.

Zuletzt in *UTOPIE kreativ*: Schumacher 1949-1952: Konfrontativ gegen DDR – zu Lasten der Einheit Deutschlands, Heft 145 (November 2002).

1 Hans Gottfurcht berichtete darüber im März/April 1946 dem »Büro der Westzonen« nach Hannover: In der russischen Zone komme die Einheit tatsächlich unter Druck zustande – lediglich in Berlin habe die Mehrheit der SPD gegen die organisatorische Verschmelzung gestimmt. – »Das Entscheidende aber ist, daß die gleiche Mehrheit für die Ein-

heit der Arbeiterbewegung stimmte, d. h. für ein enges Zusammengehen mit den Kommunisten bei der Erfüllung praktischer politischer Aufgaben.«

2 Peter Weiss über den Vater des Erzählers, einen Sozialdemokraten: Er gab der Sozialdemokratischen Partei seine Stimme »mit der Zuversicht, daß die Werktätigen hier, ohne Zerschlagung des Staats, vielmehr ihn nutzend, zur Kontrolle und allmählichen Übernahme der Produktion gelangen würden. Der Zwiespalt zwischen Reform und Revolution war bei uns ständiges Thema, und vielleicht waren es seine Erlebnisse während der Erhebungen nach dem Krieg, die ihn davon überzeugt hatten, daß sich nicht durch gewaltsame Eingriffe, sondern nur durch langsame Stärkung und Ausweitung der Arbeiterbewegung, nicht durch bewaffneten Kampf, sondern auf parlamentarischem Weg, die gesellschaftliche Veränderung erreichen ließe.« (*Ästhetik des Widerstands* I, S. 33)

3 »Obgleich seine (des Vaters – U. P.) Parteiführung während der Kämpfe in Berlin und Bremen (1919 – U. P.) auf der Seite des Gegners stand, und er auch späterhin ständig mit ihr in Konflikt geriet, hielt er doch an der Vorstellung fest, daß die Partei durch die Massen der Arbeitenden der Bildung einer sozialistischen Einheitsfront entgegen gedrängt werden könnte ... Die Partei, das waren für ihn die Arbeitsgefährten, und er gab seine Erwartung nicht auf, daß diese der Partei ihr Gesicht geben würden.« (Ebenda, S. 32)

*ktiv bedingt, also legitim – die gegenseitige Akzeptanz dieser Kräfte für ihr politisches Handeln angezeigt.*

Die Sozialdemokratie entstand im 19. Jahrhundert als soziale und politische Bewegung der Lohnarbeitenden gegen politische Rechtslosigkeit und ökonomische Ausbeutung und bildete den Kern der kapitalismuskritischen – also linken – Kräfte. Ihrem späteren Selbstverständnis als linke Volkspartei sowie ihren programmatischen Aussagen nach konnte sie bisher als ein aus der Arbeiterbewegung hervorgegangenes politisches Bündnis verschiedener sozialer Kräfte verstanden werden, das sich besonders den Interessen der Lohnarbeitenden und anderer sozial Schwacher verpflichtet fühlte. Sie war politischer Ausdruck einer kapitalismuskritischen sozialen Bewegung – und zugleich trug sie dieses System auf politischer Ebene, zuweilen als regierende Staatspartei, mit. Dieser *Doppelcharakter* verursachte ständig Widersprüche im politischen Verhalten sozialdemokratischer Parteien, so auch der SPD, und er schlug sich in der weitgehenden *Differenzierung* ihrer Reihen zwischen bürgerlich-liberalen Standpunkten und konsequent verfochtenen sozialistischen Positionen nieder.<sup>3</sup> Sie vertrat weitgehend Interessen der Werktätigen, der Völker, der Menschheit – und wollte diese durch Reformen und möglichst im Konsens verschiedener, auch antagonistischer Kräfte realisieren.

Ein besonderes Merkmal sozialdemokratischer Parteien war ihr *Demokratieverständnis*, das *zweierteil* auszeichnete: Es hatte erstens die zivilisatorischen Errungenschaften der bürgerlichen Demokratie – die proklamierte »Anerkennung der Gleichheit zwischen den Bürgern, des gleichen Rechts aller, die Staatsverfassung zu bestimmen und den Staat zu verwalten« (Lenin), – aufgenommen und praktisch verfochten, und das konsequenter als bürgerliche Parteien es je getan haben. Und es hatte zweitens die Forderung begründet, diese Errungenschaften über die politische Ebene (das Verhältnis von Bürgern und Staat) hinaus auf die Gesellschaft, im besonderen die Wirtschaft, auszudehnen. Es ging also um eine soziale Demokratie, das heißt um Demokratie in Staat und Gesellschaft, die Wirtschaft eingeschlossen.<sup>4</sup> In diesem Rahmen wurden die Akzente unterschiedlich gesetzt und bei konkreten Forderungen teilweise weitgehend voneinander abweichende Inhalte vertreten.

Auf dieser Grundlage haben sozialdemokratische Parteien und die mit ihnen verbundenen Gewerkschaften durch ihr politisches Wirken im 20. Jahrhundert *beachtliche Leistungen* erbracht:

Sie haben eine demokratische Staatsform durchgesetzt: die Republik, den Rechtsstaat, das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht, auch für Frauen, die (individuellen) Freiheitsrechte der Persönlichkeit.

Sie haben bedeutende, gesetzlich gesicherte soziale (kollektive) Rechte sowie betriebliche und soziale Leistungen errungen, die die spezifischen Interessen der Lohnarbeitenden für ihre materielle und geistige Höherentwicklung betrafen: kürzere Arbeitszeit, Arbeits- und Gesundheitsschutz, Arbeitsnachweis, Arbeitslosenunterstützung, Sicherung bei Krankheit und im Alter, mehr und bessere Bildung u. a. m.

Sie haben dem Kapital gewisse Mitbestimmungsrechte in Betrieben abgetrotzt, was gesetzlich festgeschrieben wurde.

Sie haben dafür gesorgt, daß Organisationen der Arbeiterbewegung, vor allem die Gewerkschaften, als eigenständiger politischer Faktor in Gesellschaft und Staat anerkannt wurden.

Sie haben in Deutschland nach 1945 zwar nicht die sozialen Grundrechte, aber immerhin das Sozialstaatspostulat als Verfassungsnorm im Grundgesetz festschreiben lassen und damit die Wirtschafts- und Sozialordnung für die Zukunft offengehalten und in einigen Länderverfassungen bestimmte soziale Grundrechte und wirtschaftsdemokratische Gebote verankert.

Es ist ein Ergebnis auch und gerade ihres Wirkens, wenn in Westeuropa die Wirklichkeit nicht ausschließlich von der Verwertungslogik des Kapitals, sondern (immer noch) auch von der politischen Ökonomie der Lohnarbeitenden geprägt ist; wenn der Kapitalismus nach 1945 – so Eric Hobsbawm – »sich (ganz bewußt) gründlich reformiert hatte«, indem »nämlich eine Art Vermählung des wirtschaftlichen Liberalismus mit der sozialen Demokratie stattgefunden« hatte, womit er seinen bisherigen Erfolg sicherte.<sup>5</sup> Dabei war bis 1989 der Realsozialismus zweifellos als »dritter Verhandlungspartner« in den Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit präsent.<sup>6</sup> Sozialdemokratische Kräfte sind aktiv im Kampf gegen den Faschismus und für die Verteidigung demokratischer Rechte und Freiheiten.

Zum Bleibenden der Reformpolitik der SPD unter Willy Brandt zählt die Öffnung des Zugangs zu höherer Bildung für Kinder aus Arbeiter- und Angestelltenfamilien. Auf außenpolitischem Gebiet war es die aktive Mitgestaltung der politischen Entspannung in der Welt. In dieser Zeit wuchs ihr demokratisches Engagement für die Völker der Dritten Welt.

*These 2: Sozialdemokratische Politik – bis in die 90er Jahre von Ideen der sozialen Demokratie befruchtet – hat nach den beiden Weltkriegen Bleibendes für die lohnarbeitende Mehrheit der Völker erreicht, insbesondere hinsichtlich der individuellen und kollektiven (sozialen) Rechte. Zwischen Kapital und Arbeit positioniert, ist sie stets nach verschiedenen Seiten offen. Ihre konkreten Inhalte hängen wesentlich vom Kräfteverhältnis international, im eigenen Land und in der Partei selbst sowie von der politischen und ökonomischen Situation, der Stellung in Regierung oder Opposition und anderen veränderlichen (und veränderbaren) Faktoren ab.*

Woher nun die Feindschaft – mal abgrundtief, mal gemildert – zwischen den Brüdern? Die Ursachen stecken allgemein in den dem kapitalistischen Zivilisationstyp eigenen Konfrontationen und im besonderen in den Bedingungen der 20er Jahre.

Die *kommunistische Strömung* in der Arbeiterbewegung des 20. Jahrhunderts war – wie die Revolution in Rußland 1917 – Ergebnis der weitgehenden Radikalisierung arbeitender Massen im Gefolge des Ersten Weltkriegs.<sup>7</sup> Der Weltkrieg und der mit Waffengewalt errungene Sieg der Bolschewiki prägten in Teilen der internationalen Arbeiterbewegung nachhaltig die Erwartung der Weltrevolution und mit ihr der Arbeiterrättemacht, die sie von Lohnknechtschaft und Krieg erlösen sollten, sowie die Bereitschaft, dafür Zwang und Gewalt nicht zu scheuen. Der Sieg der *Bolschewiki* führte zum bestimmenden Einfluß der *Russischen Kommunistischen*

4 Vgl. Ulla Plener: *Wirtschaften fürs Allgemeinwohl – Weg zur sozialen Gerechtigkeit. Zur Geschichte und Aktualität einer sozialdemokratischen Ur-Idee*, Berlin 2001.

5 Eric Hobsbawm: *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*, München/Wien 1995, S. 341. »Der Kapitalismus war bislang erfolgreich gewesen, weil er nicht ausschließlich kapitalistisch war.« (Ebenda, S. 430)

6 »Offenbar hat in der vergangenen Epoche die Systemkonkurrenz mit dem Sowjetkommunismus dazu beigetragen, im Westen das Bewußtsein für die Notwendigkeit zu schärfen – und zwar weit über die Sozialdemokratie hinaus –, die Marktkräfte sozialstaatlich im Zaum zu halten.« Peter Brandt: *Die Arbeiterbewegung des 19. und 20. Jahrhunderts. Entwicklung – Wirkung – Perspektive*, in: *Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung* (JBzG), Berlin, Heft I/2002, S. 5.

7 Vgl. dazu Helmut Bock: *Die Russische Revolution. Historisch-kritische Reflexionen 85 Jahre danach* (Thesen), in: *JBzG*, Heft III/2002.

8 Peter Weiss: »Der Kommunistischen Partei schloß er sich nicht an, weil er nicht das Verständnis für ihren Zentralismus aufzubringen vermochte. Er sah in der Befehlsgewalt der leitenden Instanzen und dem Gehorsam der Untergliederungen ein Prinzip, das nicht mit seinem Begriff von Demokratie in Übereinstimmung stand. Auch wies er die Forderung auf absolute Glaubensentscheidung ab, weil diese, wie er sagte, religiösen Charakter habe und ihn an die Beugung vor Obrigkeiten erinnere.« (A. a. O., S. 32) »Noch einmal, sagte er, müssen wir von vorn beginnen, dort, wo Luxemburgs Pläne abgebrochen, wo alle, die ihre Gedanken weiterführen wollten, verfermt worden waren, wo die Vorstellung des freien, selbstbewußt eingreifenden Proletariats verloren ging, wo die Partei nicht für die Entwicklung der Urteilsfähigkeit des einzelnen wirkte, sondern zu einer Kirche wurde, in der das Ich aufzugehen hatte.« (Ebenda, I, S. 125/126)

9 »Nach Lenins Tod, sagte Ström, war das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale nur noch eine Instanz, die Verhöre ausübte, Strafen erteilte, Abbitte, Bekenntnisse, Buße verlangte.« (Ebenda, II, S. 49, 293)

10 Vgl. Ulla Plener: Der feindliche Bruder: Kurt Schumacher. Intentionen, Politik, Ergebnisse 1921-1952. Zum Verhältnis von Sozialdemokraten und anderen Linken aus historischer und aktueller Sicht, Berlin 2003, I. Teil, Abschnitt 3.

*Partei* (RKP) in der von ihr 1919 initiierten und seitdem geführten *Kommunistischen Internationale* (KI) und damit auf die ihr angeschlossenen Parteien – deren Programmatik, Politik, Organisationsstruktur.

Im Zuge der Stalinisierung erstarrten die Parteien der KI – seit Mitte der 20er Jahre zunehmend – geistig und politisch. An Realitäten vorbei wurde der Führungsanspruch gegenüber demokratischen Kräften vertreten; voluntaristisch die Nähe der Weltrevolution postuliert; die Abläufe in der Sowjetunion unkritisch verherrlicht; der Mythos »Arbeiterklasse« dogmatisch gepflegt; die »Diktatur des Proletariats« gegen die »formale bürgerliche Demokratie« gefordert; die Chancen letzterer – und die Potenzen der auf sie bauenden Sozialdemokratie – für die Erweiterung der politischen und sozialen Rechte der Lohnarbeitenden negiert; seit Ende der 20er Jahre der selbstmörderische »Zwei-Fronten-Kampf« (Hobsbawm) gegen Faschismus und Sozialdemokratie geführt. Das ging einher mit der Durchsetzung des bürokratischen Zentralismus in den Parteien, der die unumschränkte Macht des »dämonischen politischen Apparats« als Instrument der jeweiligen, das Wahrheitsmonopol in Anspruch nehmenden Führungsspitze etablierte und das einzelne Mitglied zu einem »Schräubchen« in diesem Gefüge herabsetzte.<sup>8</sup> Persönliche Kämpfe in der Führung, »vom Drang zur Machtausübung geprägt«, abstrakte »Prinzipienfragen«, »Haarspaltereien« bestimmten die Abläufe in der KI und ihren Parteien.<sup>9</sup> Der Gipfel dieser Perversion war der Massenterror der 30er Jahre.

Die KPD-Führung hatte diese Art Organisation, Programmatik und Politik seit Mitte der 20er Jahre ausgiebig praktiziert. Die Kritik daran aus den Reihen der SPD war berechtigt. Einer ihrer exponiertesten Kritiker war der konsequente und leidenschaftliche Republikaner und Antifaschist Kurt Schumacher. Weitgehend zutreffend, mit beißendem Spott geißelte er das politische System in der Sowjetunion (SU), die Machtkämpfe in der KPR, die ständigen Säuberungen in ihr, die Instrumentalisierung der KI für die außenpolitischen Zwecke der SU; die »lustige Vorabendtheorie« der Weltrevolution; die sklavische Abhängigkeit der KPD von der KPR, die Ablehnung der Weimarer Republik und den Kampf gegen Sozialdemokraten als »Sozialfaschisten«, der in Deutschland auch handgreiflich geführt wurde und die antifaschistische Front schwächte. Diese Positionen hielt Schumacher – ein »Entweder-Oder«-Denker – bei Kommunisten für unumstößlich. Hier lagen die Ursachen für seine und vieler anderer Sozialdemokraten Feindschaft.<sup>10</sup> Diese Einstellung, tief in Bewußtsein und Gefühlswelt eingefressen, erklärt sich aus dem kommunistischen Denken und Verhalten in den 20er Jahren – und ist deshalb verständlich.

Jedoch: Politisch zu rechtfertigen ist Schumachers und der SPD damaliger und späterer Umgang mit Kommunisten, zumal angesichts des historischen Ergebnisses 1933, auch nachträglich nicht. Zum einen erzeugten die Krisenbedingungen zu Beginn und seit Ende der 20er Jahre eine Radikalisierung bei den lohnarbeitenden Massen, die offensichtlich von der Sozialdemokratie aus politischen und psychologischen Gründen nicht aufgefangen werden konnte, so daß eine Funktion der KPD wohl darin bestand, zumindest einen Teil

der radikalisierten Massen der faschistischen Demagogie und Gefolgschaft zu entziehen, sie an das sozialistisch-demokratische Lager zu binden. Zum anderen betrieb die SPD oft eine für die radikalisierten Massen nicht durchschaubare Politik: Das Ja ihrer Minister zum Panzerkreuzerbau im August 1928 nach einem bis Mai d. J. unter der Losung »Für Kinderspeisung – gegen Panzerkreuzer!« geführten Wahlkampf war ebenso verwirrend wie die Tolerierung der Brüning-Regierung und ihrer Notverordnungen 1930-1932. Dazu kamen von SPD-Politikern zu verantwortende Ereignisse wie der blutige 1. Mai 1929 in Berlin. Auch sonst wurde die (mehr oder weniger »theoretisch« motivierte) Ablehnung des Weimarer Staates seitens deutscher Kommunisten von ihrer Erfahrung gestützt, denn oft genug erlebten sie die Weimarer Demokratie – deren Justiz, Polizei, Verwaltungen – als einen ihnen feindlichen Klassenstaat. Schumacher wurde einer übergroßen Anzahl von Kommunisten nicht gerecht, wenn er die kommunistische Bewegung auf den Apparat der KP und die jeweiligen Führer reduzierte.<sup>11</sup> Der Idealismus und selbstlose Einsatz Zehn-, ja Hunderttausender von Kommunisten gegen Faschismus und für eine bessere Welt kann nicht bezweifelt werden. Dafür spricht die Unzahl der von ihnen gelebten realen Leben.

Die Feindschaft zwischen den beiden Brüdern war aber nicht nur Ergebnis kommunistischer Politik. Sie wurde seit 1918 auch aufgrund gravierender Fehlleistungen der SPD-Führungen begründet. An ihrem Beginn lag die von Ebert und vor allem von Noske als Regierungsverantwortliche beim gewaltsamen Niedertreten der weitgehend spontanen Aktionen von Soldaten und Arbeitern 1918/1919 gezogene Blutspur. Diese schürfte allein schon den tiefen Graben in der Arbeiterbewegung und führte dazu, daß sich die Konfrontation zwischen ihren Teilen in Deutschland besonders zuspitzte. Es ist eine historische Tatsache: Die brutale Gewalt ging von den Mehrheitssozialdemokraten aus!

Aber das war es nicht allein. Von Zeitgenossen und in der späteren, auch sozialdemokratischen, Literatur wurden und werden für die Geburtsfehler der Weimarer Republik, die zu ihrem Ende beigetragen haben, nicht ohne Grund deren sozialdemokratische Geburtshelfer verantwortlich gemacht.<sup>12</sup> Alles in allem: Die »in der Revolution von 1918 zur politischen Verantwortung gelangten Männer (haben) zu sehr an den äußeren Fassaden der Demokratie gebaut und an den Fundamenten nur wenig geändert«<sup>13</sup>. Auch das war in den Augen vieler radikaler Arbeiter – wie schon die Burgfriedenspolitik während des Weltkriegs 1914-1918 – Verrat an sozialistischen Idealen. Der Spruch »Wer hat uns verraten? Sozialdemokraten!« rührt aus dieser Zeit.<sup>14</sup>

Als verhängnisvolle Fehlleistungen seiner Partei markierte Ende 1933 der Sozialdemokrat Otto Buchwitz – damals alles andere als ein Freund der Kommunisten – in seiner Bilanz der Ursachen für die Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung das Agieren der SPD 1918 und das »klägliche Versagen aller Instanzen« der Partei, besonders der von ihr gestellten Minister im Reich und vor allem in Preußen in den letzten Jahren der Weimarer Republik, als sie es »trotz aller Warnrufe« unterließen, die »Machtmittel Preußens« ge-

11 Am 19. Juni 1929 hieß es in der *Schwäbischen Tagwacht*: »Die Kommunistische Partei ist im Grunde genommen nichts als eine Clique von beamteten Funktionären ...« Zu jener Zeit zählte die KPD 117 000 Mitglieder (1932 waren es ca. 300 000).

12 Dazu gehörten: die Tatsache, daß »Ebert und seine Mitstreiter sich der Loyalität der Bürokratie auf allen Ebenen zu versichern« suchten und diese unangestastet blieb; daß »man sich auf eine Kooperation mit der Obersten Heeresleitung« einließ und die »immerhin bestehenden, wenn auch nicht üppigen Möglichkeiten, ein eigenes, kraft revolutionärer Gewalt zu bildendes ›Volksheer‹ zu schaffen oder zumindest einen Kern loyaler militärischer Einheiten zu bilden, blieben unerkannt, ungenutzt oder wurden bewußt verhindert«; auch blieben die alten Gerichte und der Richterstand in ihrer Zusammensetzung im wesentlichen die alten; die »MSPD-Führung und die Gewerkschaften ... scheuten davor zurück und zeigten sich sogar unwillig, in der Neugestaltung der Eigentumsordnung ... in die Zukunft weisende Signale zu setzen«. (Helga Grebing in: Die deutsche Arbeiterbewegung zwischen Revolution, Reform und Etatismus, Mannheim/Leipzig/Wien/Zürich 1993, S. 35, 38).

13 Heinrich Potthoff: Die Sozialdemokratie von den Anfängen bis 1945, in: Heinrich Potthoff/Susanne Miller: Kleine Geschichte der SPD 1848-2002, Bonn 2002, S. 97.

14 Vgl. dazu Harald Lange in: Kurt Pätzold/Manfred Weißbecker (Hrsg.): Schlagworte und Schlachtrufe, Bd. 1, Leipzig 2002, S. 198 ff.

15 Otto Buchwitz: Ursachen der Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung und der Sieg des Faschismus, dokumentiert von Heinz Niemann, in: JBzG, Heft I/2003, S. 162-176, hier S. 175.

16 Ebenda, S. 164.

17 Peter Weiss: Ästhetik, I, S. 33.

18 Ebenda, II, S. 293.

19 Eric Hobsbawm: Das Zeitalter, a. a. O., S. 296.

gen die Konterrevolution einzusetzen, »die Kommandohöhen der Verwaltung« den Reaktionären zu entreißen, die illegale Bewaffnung der Reaktion zu unterbinden (was Buchwitz sehr konkret belegte). Sie hätten damit den »letzten Akt der Tragödie« von Weimar – den 20. Juli 1932 und den 5. März 1933 – mit zu verantworten. Von der SPD sei kein Ruf zum Kampf um die Republik gekommen: »Noch nie ist eine politische Bewegung so kläglich von der politischen Bühne abgetreten wie die deutsche Sozialdemokratie.«<sup>15</sup>

Wenn es um die in den 20er Jahren begründeten Ursachen der Feindschaft zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten geht, so muß mit Nachdruck auf die Rolle der Führungen und der Apparate beider Seiten hingewiesen werden. Buchwitz beklagte für die SPD allgemein: »Die reformistische Richtung – welche den Parteiapparat vollständig beherrschte, bekam dadurch die Partei völlig in die Hand.«<sup>16</sup> Der sozialdemokratische Vater des Erzählers von Peter Weiss meinte, »daß die tragenden Kräfte der beiden großen Parteien seit jeher zum Zusammengehören bereit wären, und daß nur die Führung den Weg dazu ... nicht gefunden habe«<sup>17</sup>. Bei den Kommunisten war es nicht anders, so Mitte der 20er Jahre in Schweden: »Höglund und Ström wollten, zur Herstellung einer gemeinsamen Front, mit dem sozialdemokratischen Vorstand zusammenarbeiten, die Komintern jedoch verordnete parteipolitische Trennung. (Denn) die Einheitsfront, um zu einer effektiven Front gegen das Monopolkapital zu werden, mußte unter Leitung der Kommunistischen Partei stehn ... Wieder ging es in den oberen Gremien der Partei um Prinzipfragen, um Haarspaltereien, um (abstrakt theoretische – U. P.) Erörterungen ... In den unteren Reihen der Partei blieben die Gründe der Streitigkeiten unverständlich«, die Mitglieder waren »zu einem Zusammengehen mit den sozialdemokratischen Arbeitern bereit«. – »In den Konfrontationen zwischen den Verhandlungsführern der Parteien war jedoch kein Ansatz zu einer Übereinstimmung zu erkennen.«<sup>18</sup>

*These 3: Die Feindschaft zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten erwuchs aus den Konfrontationen der 20er Jahre. Fehlleistungen gab es auf beiden Seiten. Die Fehlentscheidungen des stalinistisch verformten Parteikommunismus mit den Tiefpunkten 1928-1933 (»Sozialfaschismus«-These und -Praxis) und 1936-1940 (Massenterror in der SU) wogen besonders schwer, da sie die antifaschistische Abwehr schwächten und die sozialistische Idee zutiefst diskreditierten.*

An dieser Stelle kann und soll es nicht darum gehen, die Geschichte der in den 20er Jahren begründeten Feindschaft zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten nachzuzeichnen. Festzustellen ist: Nach dem Sieg des deutschen Faschismus 1933 und während des Zweiten Weltkriegs setzte in Teilen der Arbeiterbewegung auf beiden Seiten ein kritisches Nachdenken ein, das zu einem gewissen Abbau der Feindschaft führte und das Streben nach Einheit förderte. Diese sollte nicht unbedingt eine organisatorische sein (das NB!), aber jedenfalls eine politische – in der Aktion für gemeinsame, vom Antifaschismus bestimmte Anliegen. Der bald nach dem Sieg der Antihitlerkoalition vom Westen eingeleitete und mit Vehemenz (vom apokalyptischen, pathologischen Antikommunismus getrieben<sup>19</sup>)

geführte Kalte Krieg vernichtete die Chance eines Neubeginns, nachdem die SU in diesen Krieg eingestiegen war und beide Hauptteile der Arbeiterbewegung sich darin – jeder auf der entgegengesetzten Seite – voll einbinden ließen. Der Spaltung des Landes geschuldet, wurde der Kalte Krieg in der deutschen Arbeiterbewegung wiederum am unerbittlichsten geführt; von der SED nicht weniger aggressiv als von der SPD.

Gefragt werden soll: Was hat die erneute Feindschaft den Kontrahenten schließlich gebracht? Der Untergang des Realsozialismus und der Zerfall kommunistischer Parteien der KI-Tradition sind sicher nicht in erster Linie dem Kalten Krieg in der Arbeiterbewegung geschuldet, erfolgten aber auch nicht unabhängig davon. Möglicherweise hätte eine dauerhafte Entspannung in den Beziehungen und eine sachliche Kommunikation mit der Sozialdemokratie der kommunistischen (bzw. sozialistischen) Seite mehr demokratische Impulse, mehr geistige Beweglichkeit, mehr politische Offenheit verliehen und so dem gemeinsamen, jedenfalls gleichgerichteten Anliegen, eine humane, demokratische, sozial gerechte Gesellschaft zu erreichen, mehr genutzt als das Auf und Ab bei der Bekämpfung des »Sozialdemokratismus«, die zur geistigen und politischen Erstarrung beitrug.

Und die Sozialdemokratie? Hat sie der Antikommunismus – im Nachkriegsdeutschland vor allem von Kurt Schumacher, verbunden mit nationalistisch durchsetzter Russenfeindlichkeit, in einer »fast hysterischen« Art (Helga Grebing) betrieben – ihren proklamierten Anliegen näher gebracht?

In den Jahren 1945-1948 hatten die Erfahrungen mit Faschismus und Krieg antifaschistisch-demokratische, antikapitalistisch-sozialistische Bestrebungen bei verschiedenen sozialen Kräften hervorgehoben bzw. intensiviert. Sie waren Ausdruck und Faktor des zweiten politischen und gesellschaftlichen Umbruchs in Europa im Gefolge des Zweiten Weltkriegs. Hoffnungen und Praxis einer Mehrheit in der Sozialdemokratie »waren auf einen Sozialismus zugeschnitten, der gleichermaßen antifaschistisch wie antikapitalistisch sein sollte, dabei keinesfalls antisowjetisch oder antikommunistisch«<sup>20</sup>. Sozialdemokratische Konzepte eines demokratischen und sozial gerechten, ja eines sozialistischen Europa als einer Dritten Kraft zwischen den aus dem Krieg als Weltgroßmächte hervorgegangenen USA und Sowjetunion fanden über die Arbeiterbewegung hinaus Widerhall. Die darauf gründende Praxis sozialdemokratischer Parteien, die von Kommunisten unterstützt wurden, hatte sich in diesen ersten Nachkriegsjahren in realen sozial-ökonomischen und politischen Veränderungen hin zu mehr Demokratie in den westeuropäischen Ländern niedergeschlagen. Allerdings blieb die europäische Sozialdemokratie hinter dem Anspruch, die *sozial-ökonomische* Wirklichkeit nach den Grundsätzen von Demokratie, sozialer Gerechtigkeit und Solidarität umzugestalten – das vor allem war ihr Anliegen als *Dritte Kraft!* –, weit zurück.

So auch die SPD. Auch sie wollte in den Jahren 1945-1948 durch demokratisierende Eingriffe in Eigentumsverhältnisse eine sozial-ökonomische Neuordnung im Westen Deutschlands erreichen, die die parlamentarische demokratische Republik fundieren sollte (eine

20 Dietrich Geyer: Einheitsfrontpolitik und Vereinigungsprozesse in Ost- und Westeuropa 1944-1948, in: Dietrich Staritz/Hermann Weber (Hrsg.): Einheitsfront – Einheitspartei, Köln 1989, S. 35.

Lehre aus der Weimarer Zeit), – und wie ihre westeuropäischen Schwesterparteien erreichte sie dieses Ziel nicht. Schumacher kleidete das damalige radikal-demokratische Anliegen sogar in die Lösung »Sozialismus als Tagesaufgabe«. Allerdings: Seine Konfrontationsstrategie gegenüber der östlichen Besatzungsmacht führte die SPD von Anfang an an die Seite der Westmächte, und diese wollten auf keinen Fall eine sozialökonomische Neuordnung der Westzonen im sozialdemokratischen Sinn. Schumachers Ablehnung nicht nur des organisatorischen Zusammenschlusses mit Kommunisten, sondern auch jeglicher Zusammenarbeit mit ihnen bei der Lösung der dringendsten Aufbauaufgaben trieb die SPD auf Länder-Ebene in Koalitionen mit der CDU, was sozialdemokratischen Anliegen ebenso abträglich war. Nicht die sozialökonomische Neuordnung stand bei Schumacher im Mittelpunkt, sondern der Kampf gegen die SU, die KPD und die SED. Und der radikal-demokratische Neubau sollte mit ausschließlich liberal-demokratischen Mitteln der parlamentarischen Parteiendemokratie erfolgen, also unter Ausschluß des sozialen Drucks außerparlamentarischer Massenaktionen, was die Positionen der SPD in den Parlamenten ebenfalls schwächte. Nicht anders nach Gründung der Bundesrepublik. Auch nach 1949 überschattete der militante Antikommunismus Schumachers die immer noch verbal verfochtenen Anliegen sozialökonomischer Erneuerung und Entnazifizierung. Die Restauration bzw. erneute Festigung kapitalistischer Verhältnisse in der BRD und die Tatsache, daß sie nicht gründlich vom Naziunrat in Justiz, Polizei, Verwaltungen, Schulen und Hochschulen gereinigt wurden, waren praktisch mit sozialdemokratischer Teilnahme bzw. Duldung erfolgt. Der durch Schumachers Wirken erreichte »antikommunistische Konsens« hatte die Position der SPD in den 50er Jahren nicht gestärkt. Er hatte dazu beigetragen, daß ihre gewollte »gesellschaftsverändernde Dynamik ins Leere lief« (Helga Grebing). Er hatte die Demokratie in der BRD, im besonderen die politische Kultur, eher vergiftet als befördert.<sup>21</sup>

Der Antikommunismus trieb die SPD dazu, die sozial-ökonomischen und politischen Umgestaltungen in der SBZ stets pauschal abzulehnen, ja zu diffamieren, obwohl sie – bei allen stalinistischen Überformungen – ihren Intentionen im wesentlichen entsprachen und die Neuordnungsbestrebungen in den Westzonen nachweisbar stimulierten. Es »wurde in der Ostzone unter sowjetischem Einfluß mit der Ausschaltung des Großkapitals und (mit) der Bodenreform, mit Verwaltungs-, Justiz- und Schulreform ein systematischer gesellschaftlicher Umbau unternommen.«<sup>22</sup> Aber Schumacher bezeichnete die Zustände in der SBZ generell und undifferenziert als reaktionär. Seine maßlosen Angriffe auf die DDR und ihre Repräsentanten steigerte er in den Jahren 1949–1952 zur Hysterie.<sup>23</sup>

Antisowjetismus und Antikommunismus waren wesentliche Gründe, die auch Schumachers Einsatz für die Einheit Deutschlands den Boden entzogen: Bis 1949 befürworteten er und mit ihm die SPD alle Spaltungsschritte, die von den Westmächten ausgegangen waren. Nach 1949, als es um die Wiedervereinigung ging, waren seine Angriffe auf die Sowjetunion und die DDR, die Ablehnung aller Verhandlungsangebote, die aus dem Osten kamen, alles andere als geeignet, die Einheit zu befördern. Wie schon vor 1949 »trug die

21 Vgl. dazu Ulla Plener: Der feindliche Bruder, II. Teil.

22 Peter Brandt/Herbert Ammon: Die Linke und die nationale Frage, Reinbek 1981, S. 35.

23 Hans Mayer in seiner DDR-Bilanz: »Die offenkundigen Untaten dieses Staates und seiner mit ihm zugrunde gegangenen Lenker können die vielen Hoffnungen, Leistungen, Ausdrucksformen eines demokratischen Gemeinwille nicht ungeschehen machen. Jahrelang wurde ... im Volke, nämlich (von) den realen Arbeitern, Bauern und ihren Kindern, den neuen Studenten eines neuen Schul- und Hochschulwesens, nach den moralischen Prinzipien des kategorischen Imperativs von Immanuel Kant im Wortsinne »gearbeitet«. Der einzelne handelte so, daß seine Tätigkeit gleichgerichtet war den Wünschen und Hoffnungen auf ein besseres und neu strukturiertes Gemeinwesen. Demokratisch und antifaschistisch ... Das war eine Denkwirklichkeit, nicht bloß eine Vokabel«. (Der Turm von Babel, Frankfurt a. M. 1993, S. 16)



rigorose und in der Taktik unflexibel gehandhabte Abgrenzung der Westzonen-SPD vom Osten Deutschlands dazu bei, die Auseinanderentwicklung der beiden deutschen Fragmente zu beschleunigen« (Dieter Groh/Peter Brandt) und, so kann hinzugefügt werden, nach 1949 den Graben zwischen ihnen zu vertiefen.

Erst Willy Brandt – der »Visionär und Realist« (Peter Merseburger) – brachte mit der Politik der Entspannung, mit der Anerkennung der DDR und Gesprächen zwischen SPD und SED die Bemühungen um die staatliche Einheit Deutschlands voran. Und schließlich 1989-1991: *der dritte und letzte politische und gesellschaftliche Umbruch im 20. Jahrhundert*, der wiederum besonders Europa und darin Deutschland betraf.

Noch an seinem Beginn beschloß die SPD ihr *Berliner Grundsatzprogramm*, welches das Godesberger (1959) ablöste und weit stärker als dieses von Ideen der sozialen Demokratie durchdrungen war. Doch wie verhielt sich die SPD in der Praxis? Ihr damaliges Agieren ist noch im einzelnen zu untersuchen. Den Zeitzeugen ist jedenfalls so viel in Erinnerung:

Die damals auf dem Gebiet der Noch-DDR wirkende Partei, die sich SDP bzw. SPD nannte, war *keine* sozialdemokratische Partei. Sie hatte sich auf der Woge der von demokratischen Bürgerbewegungen eingeleiteten und durchgesetzten revolutionären Wende 1989 gegründet, ohne an die sozialdemokratische Tradition und Denkweise anknüpfen zu können, denn diese war in der DDR von der SED in mehr als 40 Jahren weitgehend ausgelöscht worden. Mit dem Beginn des Wahlkampfes im Januar 1990 hatte sich diese Partei ausschließlich machtpolitisch orientiert und ihre politische Praxis auf die naive Vorstellung gegründet, ein »Kapitalismus der freien Konkurrenz« sei in der Noch-DDR als Stimulator wirtschaftlicher Effizienz möglich und notwendig. Nach den Wahlen vom 18. März betrieb sie als Juniorpartnerin der CDU-Ost in der Regierung die blanke unkritische Restauration des Kapitalismus in der DDR. Vom (verständlichen) »Anti-SEDismus« getrieben, hatte sie alle Chancen ungenutzt gelassen, die vorhandenen nichtkapitalistischen Strukturen in der DDR für eine Politik einzusetzen, die den Aussagen des *Berliner Grundsatzprogramms* der SPD-West in etwa entsprechen würde, so zum Beispiel hinsichtlich der demokratischen Strukturen und Kontrolle in der Wirtschaft.<sup>24</sup> Sie nutzte ihre parlamentarische Stärke nicht, um das Tempo der deutschen Vereinigung und die Bedingungen dafür auch nur annähernd im Sinne des Berliner Programms zu beeinflussen, um Bewahrenswertes aus der DDR in ein Gesamtdeutschland einzubringen, das auch nach sozialdemokratischen Vorstellungen anders und besser sein sollte als die DDR und die BRD bis dahin für sich genommen.

Und die alte – noch sozialdemokratische – SPD-West? Auch sie hat damals ihre politische Stärke nicht dafür eingesetzt, um ihre auf dem Parteitag in Berlin im Dezember 1989 formulierte Deutschland-Konzeption – die deutsche Einigung in den europäischen Prozeß einzuordnen, das, was zusammengehört, zusammenwachsen zu lassen, – auch nur in Teilen zu realisieren. Auch sie hat nach dem Anschluß der DDR an die Bundesrepublik nichts unternommen, keine politische Aktion, weder parlamentarisch noch außerparlamentarisch, ge-

24 »Wirtschaften hat dem Gemeinwohl zu dienen. Es soll alle Menschen ausreichend mit Gütern und Dienstleistungen versorgen, das Recht auf Arbeit gewährleisten, natürliche Lebensgrundlagen schonen und sichern. Das Kapital hat dem Menschen, nicht der Mensch dem Kapital zu dienen.« (SPD-Grundsatzprogramm 1989, S. 34)

startet, um die Treuhand-Walze, die die Volkswirtschaft der Nichtmehr-DDR in die Arme westdeutscher Konzerne zu treiben begann, wenigstens temporär aufzuhalten. Die Walze hatte in kurzer Zeit ihr Werk vollbracht. Die SPD mischte sich nicht ein, auch der DGB nicht. Sie zogen mit den damaligen Regierungsparteien praktisch an einem Strang und konzentrierten sich eher darauf, die ostdeutschen »Funktionsträger« zu verdrängen und zu bestrafen – und das konsequenter und härter als seinerzeit die Nazis in der BRD. Die SPD hatte 1990/1991 wie schon 1918/1919 und 1945-1948 – gemessen an ihrer eigenen Programmatik – das dritte Mal im 20. Jahrhundert historisch versagt.

*These 4: Auch der sozialdemokratische Strom der Arbeiterbewegung hat historische Fehlleistungen auf seinem Konto. Die SPD hat bei ihrer versuchten Gratwanderung zwischen den kapitalistischen Macht- und Profitinteressen und den eigenen demokratischen und sozialen Anliegen Bedeutendes im Sinne der lohnabhängigen Mehrheit erreicht, aber die Gratwanderung selbst nicht zu meistern vermocht. Jedes Mal in der Geschichte des ›kurzen‹ 20. Jahrhunderts, wenn es um tiefgreifende gesellschaftliche und politische Umbrüche ging und sich Chancen öffneten, sozialdemokratische Vorstellungen in einem höheren Maße als durch »kleine Tagesschritte« durchzusetzen, schreckte sie davor zurück, so 1918/1919, 1945-1948 und 1990/1991. Konfrontatives Denken und Handeln, auch von Sozialdemokraten in der Arbeiterbewegung gerade in Deutschland mit Vehemenz praktiziert, setzten sozialdemokratischem Handeln Grenzen. Sie waren eine Ursache für das Scheitern sozialdemokratischer Gesellschaftsentwürfe.*

Die Feindschaft zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten bzw. Sozialisten währte in Deutschland bis weit in die 70er Jahre, wurde erst gegen deren Ende abgeschwächt, um dann im Verlauf der 80er Jahre einem entspannteren Verhältnis zu weichen. In den 90er Jahren wurde von sozialdemokratischer Seite mehrfach versucht, sie künstlich wieder hochzuschaukeln – ganz gegen die Position von Willy Brandt, der 1987, bezogen auf »die historischen Konflikte zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten«, schrieb: »Selbstverständlich kann die Sozialdemokratie von den einmal gewonnenen und in vielen Gedächtnissen gespeicherten Erfahrungen aus den vergangenen Jahren nicht völlig absehen. Aber wir werden nicht Gefangene gelernter und eingeschliffener Verhaltensmuster und Denkschemata sein, wenn die Welt vor unseren Augen sich wandelt und die alte Betrachtungsweise sich überlebt. Nichts wäre erfreulicher, als wenn auch hier nicht alle alten Schlachten immer neu geschlagen werden müßten.«<sup>25</sup>

In der SPD wird gerade das von Zeit zu Zeit immer wieder aufs neue versucht. 1995 meinte der Historiker Heinrich August Winkler, die SPD sollte »von Kurt Schumacher immer noch lernen, dass ... der Kampf nach zwei Seiten geführt werden muß«<sup>26</sup> – also auch gegen links. Steffen Reiche, damals Vorsitzender der SPD in Brandenburg, schloß 1996 sein Vorwort zur Broschüre aus Anlaß des 50. Jahrestages der Vereinigung von SPD und KPD in Brandenburg mit den Worten: »Nur wer bereit ist, aus der Geschichte zu lernen, wird Antworten auf die Fragen der Zukunft geben können«; seine

25 Willy Brandt: Die SPD in der deutschen Geschichte, in: Susanne Miller/Malte Ristau (Hg.): Erben deutscher Geschichte. DDR – BRD: Protokolle einer historischen Begegnung, Reinbek 1988, S. 17. Es handelte sich um die Begegnung von BRD- und DDR-Historikern am 12./13. März 1987 in Bonn. Ein Jahr zuvor hieß es in These 4 der »Sechs Thesen zum Verhältnis von Kommunisten und Sozialdemokraten« von Brandt: »Unverwischbare Gegensätze können uns nicht daran hindern, neue Entwicklungen in kommunistisch regierten Staaten wahrzunehmen.« – »Wir beurteilen heutige Regierungen und Parteien nicht nach den Exzessen der Stalinzeit. Erstartete Formeln aus der Presse des kalten Krieges taugen nicht für heute notwendige Auseinandersetzung.« (Vor 40 Jahren, Hrsg. vom Parteivorstand der SPD, Februar 1990)

26 Heinrich A. Winkler in: Nach-Denken. Kurt Schumacher und seine Politik, Bonn 1996, S. 73. Ders. ähnlich auch am 28. Juni 2002 aus Anlaß des 50. Todestages von Kurt Schumacher.

Erkenntnis, die er »Sozialdemokraten in der PDS« empfahl, bestand darin, »daß es in Deutschland nur eine Partei – die SPD – geben kann und geben wird, die glaubwürdig dem großen Ziel des demokratischen Sozialismus verpflichtet ist.«<sup>27</sup>

Ob die SPD heute mit einem Gerhard Schröder als Vorsitzendem noch das Ziel des demokratischen Sozialismus verfolgt, ist unter ihren Historikern noch nicht geklärt.<sup>28</sup> Aktuelle, aus historischen Erfahrungen abgeleitete Fragen könnten aber auch lauten:

Eine organisatorische Einheit von KPD und SPD war 1946 nicht zwingend, um für die Programme dieser Parteien, mit denen sie 1945 angetreten waren, zu streiten; eine sachliche (brüderliche gar, wie es damals hieß) Zusammenarbeit wäre ihrer Sache vermutlich viel dienlicher gewesen, von den verderbenden historischen Folgen der späteren Stalinisierung der SED<sup>29</sup> ganz abgesehen. Auch ist der Einfluß äußerer Faktoren, der Besatzungsmächte, ihrer Politik und ihrer Gegensätze, weggefallen. Kann und muß es fünfzig und mehr Jahre später tatsächlich nur eine Partei geben, die sich den Zielen eines demokratischen Sozialismus verpflichtet fühlt? Lehrt die Geschichte nicht gerade das Gegenteil: Die Vielfalt sozialer Lagen, die Vielzahl aus verschiedenen Quellen gespeister geistiger Positionen und politischer Anliegen – bedingen sie nicht geradezu, daß es immer mehrere in eine Richtung wirkende Parteien gab und geben wird? Lehrt sie nicht, wie schädlich ein Alleinvertretungsanspruch und ein geglaubtes/angemaßtes Wahrheitsmonopol ist? Lehrt sie nicht, daß ein wie auch immer gestaltetes Zusammengehen von demokratisch (auch radikal-demokratisch), sozial und ökologisch orientierten Parteien und Bewegungen einer demokratisch, sozial und ökologisch geprägten Politik am dienlichsten wäre?

Was sollen alte und neue Feindschaften und Gräben bringen, nachdem es »die andere«, stalinistisch verformte, Seite nicht mehr gibt und an ihre Stelle Akteure getreten sind, denen es wirklich um einen demokratischen Sozialismus bzw. eine radikale, also auch sozial gerechte Demokratie geht? Sollte es nicht endlich um der Zukunft willen möglich sein, auf Dauer sachlich miteinander umzugehen?

Die Gründe für die neuen von SPD-Seite geschlagenen Schlachten dürften andere sein als die weit in der Geschichte zurückliegenden. Es geht da wohl in erster Linie um historisch und ideologisch verbrämte Machtpolitik. Ist aber parteiegoistische Machtpolitik wirklich produktiv, um dem Ideal einer humanen, demokratischen und sozial gerechten Gesellschaft näher zu kommen?

Angesichts der neuen globalen Probleme ist die gesamte Linke mit ihrem alten Ideal herausgefordert. Der nächste Schritt, um diesem näher zu kommen, heißt: *umfassende Demokratisierung* von Staat und Gesellschaft, vor allem der Wirtschaft. Die Grundlage bildet der sich abzeichnende (weil für den Fortbestand der Menschheit unerläßliche) Übergang vom kapitalistischen Zivilisationstyp der Konfrontation zum Zivilisationstyp des Ausgleichs der Interessen zwischen den Menschen, zwischen ihnen und der Natur, zwischen Geschlechtern und Völkern. Die Geschichte des 20. Jahrhunderts, des Jahrhunderts der Katastrophen, mahnt: Nur auf Basis eines anderen, nichtkonfrontativen Zivilisationstyps wird eine Gesellschaft entstehen können (müssen, wenn die Menschheit überleben soll), die

27 Zwangsvereinigung von SPD und KPD in Brandenburg. Hrsg. SPD-Vorstand in Zusammenarbeit mit dem Landesverband Brandenburg, Potsdam (1996), S. 5 und 4.

28 Vgl. Demokratischer Sozialismus in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg. Referate und Diskussionen einer internationalen Konferenz des Gesprächskreises Geschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung und des Instituts für soziale Bewegungen der Universität Bochum in Berlin am 2. Oktober 2000, Bonn 2001.

29 Vgl. Harold Hurwitz: Die Stalinisierung der SED: Zum Verlust von Freiräumen und sozialdemokratischer Identität in den Vorständen 1946-1949, Opladen 1997.

30 In der Reihenfolge der Zitate: Programmatische Grundlagen der Gewerkschaft HBV für den Diskussionsprozeß in ver.di (Mimeo); Oskar Negt: DGB muß politische Interventionskraft werden, in: Neues Deutschland, Berlin, 31. 10. 1995; Rudolf Hickel: Zurück zur Moral, Interview in: Ausblick, Müsseldorf (Mitgliedermagazin der HBV), H. 3/2000.

31 Die politischen Meinungsverschiedenheiten sollten im Sinne von Peter Weiss ausgetragen werden: »Das Ausfechten von Gegensätzen, Widersprüchen war es gewesen, was zum Gemeinsamen zwischen uns (dem sozialdemokratischen Vater und dem den Kommunisten nahestehenden Sohn – U. P.) geführt hatte. Ablehnungen,

Schwierigkeiten hatte es gegeben, und immer wieder das Bestreben, mit These und Antithese einen für beide gültigen Zustand zu erreichen. So wie Divergenzen, Konflikte neue Vorstellungen entstehen ließen, so entstand jede Handlung aus dem Zusammenprall von Antagonismen. Die Einsicht und Artikulation dieser Vorgänge machte das Zusammenleben, die gegenseitige Würdigung möglich.« (Ästhetik, I, S. 126 f.)

32 Peter Brandt: »... die Arbeiterbewegung oder das, was daran anschließt ...«. Die Frage lautet, ob »aus der Vielheit der in Netzwerke eingebundenen sozialen Proteste und Initiativen eine große solidarische und emanzipatorische Bewegung hervorgehen könnte«. – »Daß die klassische Arbeiterbewegung in Europa an ihr Ende gekommen ist, bedeutet nicht, daß den Kapitalismus korrigierende oder grundsätzlich kritisierende Kräfte nicht in veränderter Gestalt wirksam werden. Alle historische Erfahrung spricht vielmehr gegen die Annahme dauerhafter Domestizierung der abhängigen Menschen, dauerhafter Zersplitterung sozialer (und heute auch ökologischer) Protestbewegungen bzw. Initiativgruppen. Ansätze zur Vereinheitlichung waren bereits zu erkennen wie die weitgehend spontane Streik- und Demonstrationsbewegung, die vor einigen Jahren den Sturz der bürgerlichen Regierung Frankreichs einleitete. Auch die Internationale der Globalisierungskritiker wäre hier zu nennen.« (Die Arbeiterbewegung..., a. a. O., S. 19)

dem sozialistischen Ideal entspricht: ausbeutungsfrei, also für alle Menschen und alle Völker sozial gerecht, friedlich und human, demokratisch, ökologisch verträglich und nichtpatriarchal. Der Weg: die schrittweise Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche, in erster Linie der Wirtschaft.

In diesem Zusammenhang ist die sozialistisch orientierte Linke an das sozialdemokratische Demokratieverständnis als »allgemeine Lebensform« – Staat und Gesellschaft umfassend – zu erinnern, und dabei besonders an die Idee des Wirtschaftens fürs Allgemeinwohl, das unter anderem durch Demokratisierung der Verfügungsgewalt über das volkswirtschaftlich relevante Eigentum an Produktionsmitteln erreicht werden sollte. Allerdings driftet die SPD mit Gerhard Schröder davon weg – sie scheint auf dem Weg, von ihrem spezifischen Demokratieverständnis abzurücken: Es kommt in ihren Dokumenten seit 1999 nicht mehr vor; die Herrschaft der wirtschaftlich Mächtigen, bestehende ungerechte, undemokratische Eigentumsverhältnisse als Boden der Chancenungleichheit und Ungerechtigkeit werden nicht mehr thematisiert. Da die offizielle SPD die Idee fallengelassen hat, fällt es der PDS zu, gemeinsam mit den Gewerkschaften dafür zu streiten.

Wie für diese Idee ein gesellschaftliches Reformklima erreicht werden könnte, hat die Gewerkschaft HBV im Jahr 2000 beschrieben: In außerparlamentarischen Kampagnen mit Bündnispartnern sollte das »unsoziale und menschenverachtende Verhalten von Konzernen« aufgegriffen und »ins soziale Abseits« verwiesen, ihr Verhalten »exemplarisch an den Pranger« gestellt und so »öffentlicher Druck entwickelt« werden. Da wäre auch an den von Oskar Negt (SPD) vor Jahren benannten »großen moralischen Skandal der Gegenwart« zu erinnern, daß das Gemeinwesen von Unternehmern »geplündert, ausgetrocknet und privat ausgedörrt wird«. Wirtschaften, so Rudolf Hickel, habe sehr wohl mit Moral zu tun und brauche eine sozialetische Begründung.<sup>30</sup> Auch ver.di will »Wirtschaft demokratisieren und Mitbestimmung ausbauen«, »das gesellschaftliche Gemeinwohl den unternehmerischen Einzelinteressen überordnen« und »kämpfen für den Vorrang politischer vor unternehmerischen Entscheidungen sowie für deren gesellschaftliche Transparenz und klare Gemeinwohlorientierung«. So könnte die Idee, ähnlich den Anliegen der Frauengleichstellung und des Umweltschutzes, zu einer breiten demokratischen Bewegung führen und gesellschafts-verändernd wirksam werden.<sup>31</sup>

These 5: *Kooperation statt Konfrontation ist für die gesamte Linke, die an sozialer Gerechtigkeit im Sinne des Berliner Programms orientierten Sozialdemokraten eingeschlossen, ein dringendes Erfordernis. Die umfassende Demokratisierung der Gesellschaft ist ihre zentrale Aufgabe und ihr gemeinsamer Nenner. Die Zukunftsfähigkeit des sozialistischen Ideals ergibt sich aus der Einheit ökonomischer, politischer und ethischer Fragestellungen für das Heute und für das Morgen. Das lehren nicht zuletzt Vergleich und Ergebnisse des Wirkens der beiden Ströme der sozialistisch orientierten Arbeiterbewegung des 20. Jahrhunderts.*<sup>32</sup>